

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 140

Mittwoch, den 18. Juni 1930

37. Jahrgang

Neuregelung des Notopfers

Preussische Aenderungsvorschläge zum Deckungsprogramm.

Im Reichsrat soll am Mittwoch die Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Beratung gelangen. Der Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer will sie namens der Regierung vertreten. Es darf schon jetzt als wahrscheinlich gelten, daß die Vorlage über das Notopfer bereits im Reichsrat fallen wird. Das preussische Kabinett, das sich mit den Vorlagen eingehend beschäftigt hat, wird im Reichsrat einen anderen Weg zur Deckung des Etatsdefizits für 1930 vorschlagen: statt des vierprozentigen Notopfers einen 2 1/2-prozentigen Beitrag aller Festbesoldeten zur Arbeitslosenversicherung. Auch andere Länder werden Abänderungsanträge vorbereiten, weil sie das Notopfer ablehnen.

Über die Vorschläge Preußens wird des näheren bekannt: Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin umgestaltet werden, daß für die Angestellten die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahres Einkommen aufgehoben wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2 1/2 Prozent des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2 1/2 Prozent entrichtet werden. Ähnlich sollen die Leistungen der Beamten bemessen werden, nur daß hier lediglich sie selbst 2 1/2 Prozent ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden aus naheliegenden Gründen von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen, wie gesagt, unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Mißstand dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder beseitigt werden. In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen geführt werden.

Sachsen gegen das Notopfer.

Von der sächsischen Staatskanzlei wird amtlich mitgeteilt:

Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten ein Teil eines auf Senkung der Preise, der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht irgendwie gewährleistet ist, eine so einseitige und schematische Belastung eines Volksteiles als nicht am Platze erscheint.

Proteststürme.

Nun hat sich ungefähr der ganze Reichstag in allen seinen Fraktionen — abgesehen von einigen kleineren, die vorläufig noch schweigen — gegen die „Reichshilfe“ Dr. Molkenhauers und mit ihm der Regierung erklärt. Gegen die vierprozentige Einkommenbesteuerung aller Festbesoldeten und — je nach der Parteirichtung — auch gegen verschiedene Teile seiner Reform. Während die Regierung etwas zu laut und zu feierlich noch Ende vergangener Woche betonte, daß sie alles, also Arbeitsbeschaffungs-, Preislenkungs-, Steuererhöhungs- und Ausgabenlenkungsprogramm, als ein unteilbares Ganzes betrachte. Nun hat sich gegen die „Reichshilfe“-Pläne Dr. Molkenhauers sogar jene Partei erklärt, der er selbst angehört. Und es besteht daher für das Kabinett Brüning nicht die Spur von Aussicht, seine Vorschläge, die jetzt bereits dem Reichsrat zugeleitet sind, auf dem üblichen parlamentarischen Wege durchzubringen. Möglicherweise — das wäre ein mehrfach erfolgtes Vorkommnis — wird die „Reichshilfe“ in der Molkenhauer'schen Form bereits im Reichsrat „quittotiniert“ oder es wird sonst irgendein Manöver vorbereitet, das dann hinter den Kulissen des Reichsrats oder des Reichstages abspielen soll.

Denn damit ist ja unbedingt zu rechnen, daß nun die Reaktionen es ist, die entweder nach oben oder unten

müssen. Den Reichstag auflösen und ihn neuwählen zu lassen, wäre angesichts der gesamten politischen Situation vom Regierungspunkt aus eine ebenso große Unmöglichkeit wie etwa der Versuch, mit Hilfe des Paragraphen 48 regieren zu wollen, — wobei es noch mehr als fraglich ist, ob der Reichspräsident mitmachen würde. Also bleibt der Regierung Brüning bzw. ihrem Finanzminister Dr. Molkenhauer kaum etwas anderes übrig, als entweder selbst neue Vorschläge zu machen oder sich solche machen zu lassen, — und dabei das nicht gerade angenehme Gefühl mit sich herumzutragen, daß man sich mit der letzten programmatischen „Wochenend“-Erklärung reichlich weit vorraus hat.

Es regnet ja Proteste von allen Seiten und unberechtigt waren sie durchaus nicht. Daß überdies die Regierung sehr geschickt operierte, auch eine hierbei sehr notwendige Berücksichtigung massenpsychologischer Strömungen und Tendenzen erfolgen ließ, verneinen selbst die Freunde des Kabinetts. Die Opposition aber fand darin scharfe Waffen. Im Arbeitsbeschaffungsprogramm bröckelt es auch, weil die Reichsbahn erklären mußte, sie könne von ihrem 240-Millionen-Umsatz an dem Ertrag der Young-Anleihe nichts hergeben für die Zwecke, sondern brauche das Geld zur Deckung des laufenden Defizits. Mit der Preislenkung — und gerade deswegen ist ja die Deutsche Volkspartei so sehr gegen die „Reichshilfe“ — wird natürlich gar nichts, wenn das Reich gleichzeitig damit die Steuerschraube in der Art anzieht, wie Dr. Molkenhauer und das Kabinett es vorschlagen. — Bisher wenigstens!

Denn was nun als nächstes Programm aufzutauschen wird, nachdem das jegliche keinerlei Aussicht auf Annahme mehr hat, vermag niemand zu sagen, der nicht etwa parlamentarische Couloirgespräche als fertige Wendung und Entschlüsse betrachten will. Derart herumwirrende Vorschläge gibt es ja eine ganze Menge, aber die „Situation“, wie unsere früheren „l. u. l. Bundesgenossen“ zu sagen pflegten, ist doch jetzt so, daß die Regierung ganz allein von sich aus und ohne sich mit den Regierungsparteien auch nur einzermalen zu verständigen nicht wie Fietzen aus dem Busch mit neuen oder geänderten Plänen hervortreten kann. Sie hat eine Art stillschweigendes Mißtrauensvotum erhalten, das ein um so schwereres Gewicht hat, als sich fast alle Parteien des Reichstages und weite Kreise der politisch interessierten Öffentlichkeit gegen das Kabinett Brüning aussprechen.

Auch die Deutsche Volkspartei hat sich aber nicht damit begnügt, nur die „Reichshilfe“ abzulehnen, sondern schlägt vor, das Reichsdefizit vor allem durch eine sofortige Ausgabenlenkung möglichst zu verkleinern. Ähnliches hat ja z. B. auch der Hanabund angeregt, der nach dieser Richtung hin ganz bestimmte Vorschläge gemacht hat. Steuererhöhungen seien dann nur in geringem Umfang notwendig und nicht dringender Art. Und da mag ein ganz radikaler Vorschlag erwähnt sein: Kürzung aller Staatsausgaben um fünf Prozent. Der hört sich zwar sehr einfach an, ist aber höchstens nach der sachlichen Seite hin durchführbar. Das eine aber geht mit größter Augenscheinlichkeit aus der ganzen „Situation“ hervor: Wieder einmal ist der Karren fest. Und mit „Machtproben“ ist er nicht mehr vorwärtszubringen.

Forderungen der Wirtschaftspartei.

Ein Brief an den Reichskanzler.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Drewnitz, hat an Reichskanzler Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die alte Forderung der Wirtschaftspartei auf einen allgemeinen prozentualen Abschritt im Gesamthaushalt hinweist.

Ein entsprechender Antrag auf eine prozentuale Senkung der Gesamtausgaben um 5 Prozent wird angekündigt. Von der Stellungnahme der Regierung und der Einstellung der hinter der Regierung stehenden Parteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Veränderungen der Beiträge zur Krankenkasse die Gesamtlast nicht erhöhe werde. Eine Belastung der Angestelltenlast, wie sie das Molkenhauer'sche Notopfer vorsehe, halte die Wirtschaftspartei für bedenklich.

Dagegen halte die Wirtschaftspartei eine Änderung der Besoldungsordnung für notwendig. Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht wird erklärt, daß der Augenblick gekommen sei, dieses Problem mit aller Beschleunigung der Lösung entgegenzuführen.

Die Deckung der Mindereinnahmen.

Ausbau der Ledigensteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, Schankverzehrssteuer.

Die Vorschläge der preussischen Staatsregierung ergeben nach amtlicher Mitteilung gegenüber dem Deckungsprogramm der Reichsregierung eine Mindereinnahme von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Ledigennotopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehreinnahme von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verkürzung der Besoldung nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen. Besonders bedenklich ist dies für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden.

Die preussische Staatsregierung beschloß daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Gemeindegetränkesteuer in der Form einer Schankverzehrssteuer vorzuschlagen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Minister Dietrich wiederhergestellt. — Erledigung laufender Angelegenheiten. Über die Sitzung des Reichskabinetts wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Bei Beginn der heutigen Kabinettsitzung begrüßte der Reichskanzler Dr. Brüning den Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Wiederherstellung von seiner Erkrankung wieder an den Arbeiten des Kabinetts teilnahm.

Die Sitzung selber diente der Erledigung laufender Angelegenheiten.

Die Last der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Reichstädtbund fordert ihre Übernahme durch das Reich.

Vor Beendigung seiner Tagung nahm der Hauptausschuß des Reichstädtbundes eine von dem Gesamtverband vorgelegte Entschließung an, in der es heißt: Der Gesamtverband des Reichstädtbundes nimmt mit Genugtuung von den Entlastungsmaßnahmen Kenntnis, welche die Verbesserung des preussischen Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden, insbesondere durch die endliche Durchführung des Volksschuldenausgleichs vorsehe. Besonders begrüßt wird die Zurverfügungstellung von Mitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch das Reichskabinett.

Zugleich aber wird auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrts-erwerbslosen verwiesen. Die Übernahme dieser Lasten durch das Reich sei unerlässlich, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll. In Erkenntnis der gemeinsamen Igit von Reich, Ländern und Gemeinden ist der Reichstädtbund zur Mitarbeit an einer planmäßigen Ausgabenlenkung der öffentlichen Körperschaften bereit, soweit eine solche die Erfüllung der unentbehrlichen und gemeindlichen Aufgaben gewährleistet.

Bereinheitlichung der Stempelsteuer.

Rechtsausschuß des Preussischen Landtages.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, worin das Staatsministerium ersucht wird, mit den anderen deutschen Staaten Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der deutschen Stempelsteuergesetze.

Für Reform des Boden- und Mieterrechtes

Norddeutscher Mietertag in Neumünster.

Auf dem 12. Norddeutschen Mietertag in Neumünster hielt der Führer der deutschen Bodenreformbewegung, Adolf Damasko, einen Vortrag über Bodenreform und Arbeitslosigkeit. In einer Entschließung wurde auf die Bedeutung der Heimstättenbildung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Die Unhaltbarkeit des heutigen Bodenrechts hätten die Berliner Grundstücksstände zur Genüge offenbart. Nur durch Landarbeiterheime und Siedlungen könne die Wohnungs- und Arbeitsnot in den Städten überwunden werden. Die für die Kriegesfallenen-Reichsheimkämpfer vorgesehenen Mittel sollte man für

Kriegsbeschädigtenheimstätten

verwenden. In einer zweiten Entschließung wurde dagegen Verwahrung eingelegt, daß die Erhöhung der Mieten und die größere Inanspruchnahme der Hauszinssteuermittel für allgemeine Finanzzwecke Verwendung finden. In Preußen wären wiederum durch fehlerhafte Veranlagung in einem Jahr für mindestens 300 Millionen Mark Hauszinssteuer nicht abgeführt worden. Der städtische Haus- und Grundbesitz habe für etwa 700 Millionen Hypotheken nicht aufgewertet. Das Vorgehen der Regierung Brüning wende auf Kosten des deutschen Mietervolkes dem Hausbesitz durch Erhöhung des Mietzinses auf 150 Prozent neue Liebesgaben zu.